

A5NEU Sexarbeit

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

Antragstext

1 Die Grüne Jugend Berlin wird sich im Superwahljahr für selbstbestimmte Sexarbeit
2 einsetzt.

3 Mit dem Zusammenschluss von Bundestagsabgeordneten von SPD und Union für ein
4 Verbot von Sexarbeit wurden Stimmen laut, die sich gegen selbstbestimmte
5 Sexarbeit richten und teilweise Sexarbeit mit Menschenhandel gleich setzten.

6 Wir wollen im Diskurs eine deutliche Gegenstimme ausdrücken, da ein Verbot von
7 Sexarbeit nicht nötig ist und Menschen bevormunden würde, die selbstbestimmte
8 Entscheidungen treffen können. Es ist bereits jetzt verboten, Menschen zur
9 Sexarbeit zu zwingen oder mit ihnen zu handeln. Aus dieser Sicht bedarf es kein
10 Verbot des gesamten Gewerbes. Anstelle Sexarbeiter*innen in die Illegalität zu
11 verdrängen, wo sie keinen Schutz mehr erfahren, wollen wir sie bestärken.

12 Wir fordern:

- 13 • Aussprache gegen ein Verbot von Sexarbeit
- 14 • Beteiligung von Sexarbeiter*innenorganisationen und -netzwerken sowie
15 Fachberatungsstellen bei neuen Gesetzgebungsprozessen
- 16 • Abschaffung des Prostituiertenschutzgesetzes
- 17 • Berlin soll Beratungsstellen, die bereits bestehen und bestimmte Kriterien
18 erfüllen, finanziell unterstützen
- 19 • Kampagnen für mehr Aufklärung soll das Stigma von Sexarbeit beseitigen
- 20 • Einrichtung von Schutzräumen und Hilfsangeboten für Sexarbeiter*innen mit
21 negativen Erfahrungen
- 22 • Einrichtung von Verrichtungsboxen
- 23 • Asylrecht ausweiten
- 24 • keine Razzien und Kontrollen in Bordellen und erotischen Etablissements
25 durch die Polizei, sondern für Betriebskontrollen durch die Ordnungsämter

26 Wir müssen das negative Stigma von der Sexarbeit lösen. Sexarbeit kann auch aus
27 freier Entscheidung resultieren und für Menschen mehr sein als eine schnelle
28 Einkommensmöglichkeit. Außerdem gibt es Käufer*innen von Sexarbeit, die
29 ansonsten nur schwer eine sexuelle Entfaltung erlangen würden.

30 Wir wollen, dass alle Beratungsangebote für Sexarbeiter*innen freiwillig sind.

31 Wir sind gegen jede Form von Zwangsberatung.

32 In Berlin haben sich einige Beratungsstellen und Hilfsangebote gebildet, welche
33 eine wichtige Arbeit zum Schutz und zur Unterstützung von Sexarbeiter*innen
34 leisten. Leider sind diese Anlaufstellen meistens auf Spenden angewiesen und

35 haben unsichere Zukunftsperspektiven. Wir müssen diese finanziell unterstützen
36 und ein festes Budget für diese Stellen festlegen. Zur Förderung müssen jedoch
37 Kriterien erfüllt sein, , welche auch durch Expert*innen und Sexarbeitende
38 ergänzt oder überarbeitet werden sollen:

- 39 • Die Einrichtung muss Aufklärung zu Safer Sex leisten und Verhütungsmittel
40 sowie Hygieneartikel bereitstellen
- 41 • Sie müssen eine Mindestanzahl an geschulten Mitarbeiter*innen anstellen,
42 welche auch an Behörden weitervermitteln können
- 43 • Die Beratung muss ergebnisoffen gestaltet sein und Sexarbeiter*innen in
44 ihren Problemen unterstützen
- 45 • Die Beratung soll nicht nur dem Ausstieg gewidmet sein
- 46 • Einstiegsberatungen und Vernetzung von Sexarbeiter*innen (Peer-to-Peer)

47 In Gebieten, in denen vermehrt Sexarbeit an der Straße angeboten wird, müssen
48 Schutzräume für Sexarbeiter*innen eingerichtet werden. Zudem sollen
49 Verrichtungsräume geschaffen werden, welche kurzfristig angemietet werden können
50 und ebenfalls dem Schutz von Sexarbeiter*innen dienen. So kann beispielsweise
51 ein Notrufknopf Sexarbeiter*innen vor Übergriffen gegen ihren Willen schützen.
52 Diese Räume sollen in den betreffenden Gebieten bestehen, beispielsweise der
53 Kurfürstenstraße. Wir sind gegen eine Verdrängung an die Stadtränder! Deswegen
54 positionieren wir uns gegen Sperrbezirke für Sexarbeit.

55 Letztlich muss das Asylrecht ausgeweitet werden. Personen, die durch
56 Menschenhandel in die Sexarbeit gedrängt werden, müssen uneingeschränktes Asyl
57 beantragen können.

58
59 Vom Stigma gegen Sexarbeiter*innen sind häufig auch deren Kinder betroffen. Auch
60 für die Kinder von Sexarbeiter*innen wollen wir Beratungs- und Empowermenträume
61 schaffen.

62 Wir müssen Sexarbeit als einen normalen Beruf ansehen und Stigmen überwinden.
63 Sexarbeit soll selbstbestimmt sein und Sexarbeiter*innen müssen unsere
64 Solidarität und Unterstützung in ihrer Arbeit erfahren. Eine Verdrängung in die
65 Illegalität werden wir mit all unseren Mitteln verhindern.

Begründung

Sexarbeit ist immer noch stark stigmatisiert und Politiker*innen von SPD und CDU/CSU möchten dies für ihrer politische Agenda nutzen und Sexarbeit verbieten. Anstelle dessen fordere ich, dass wir Sexarbeiter*innen in der Debatte bestärken, sie bei der Arbeit unterstützen und Stigmen abbauen.

Ich würde mich sehr über Änderungsanträge freuen, da dieser Antrag auch recht kurzfristig gestellt wurde und sicherlich einige Punkte noch erweitert werden können oder Verknüpfungen zu anderen Bereichen noch nicht beleuchtet sind. Vielen Dank im Voraus.